

# Vom Regen in die Traufe

ksol / pd / wir  
fri

Vom Taktieren der Herrenmenschen vom Kap

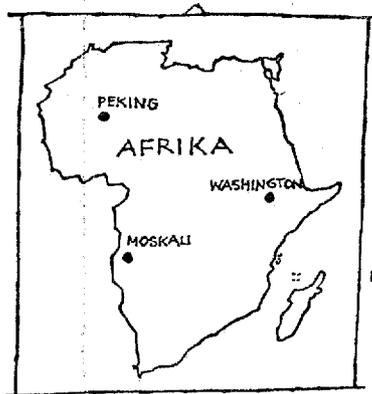
Eine Diskussion über die Apartheids-politik in seinem Land lehnte er erneut kategorisch ab: der südafrikanische Premierminister Johannes Vorster, als er kürzlich ein zweites Mal mit dem amerikanischen Außenminister Henry Kissinger in Zürich zusammentraf. Zu Gesprächen über Rhodesien und Namibia ist er wohl bereit, für Verhandlungen über die Zukunft seines eigenen Landes kann er jedoch — weiß Gott — keinen Grund entdecken, denn — wie er meint — eine „akute Bedrohung“ besteht für seine Regierung nicht.

Während etwa der südafrikanische Kirchenrat die Ansicht vertritt, daß „alle Menschen in Südafrika, besonders die Verantwortlichen in der Regierung, die tiefe Kränkung, den Zorn und die Frustration zur Kenntnis nehmen (müßten), die das System der Apartheid in den Herzen aller schwarzen Südafrikaner hervorgerufen hat“, spricht Vorster von bagatelhaften Unruhen, angeblich initiiert von „übelgesinnten Einzelpersonen, die keinen Einklang im südlichen Afrika wünschen, die (lediglich) für ihre eigenen politischen Ziele bereit sind, Blut und Leben von Afrikanern zu opfern.“

So sterben angeblich auch nicht hunderte von Demonstranten im Kugelhagel der Polizei — obwohl Polizeiminister James Kruger grundsätzlich „Gummikugeln“ und ähnliche Abschreckungsmittel ablehnt — sondern — wie Vorster der Welt Glauben machen will — die Schwarzen bringen sich untereinander um. Doch das glaubt auch der sogenannte „verkrampte“ Bure in Südafrika nicht mehr. Schon gar nicht die südafrikanische Presse, die unter Berufung auf verlässliche Quellen Vorster beschuldigt, die südafrikanische Polizei habe selbst einige bewaffnete Banden von Zulus unterstützt, die mordend und plündernd durch

Quelle: P.-F., 24.9.1976

„... und konnte zwischen den drei afrikanischen Hauptstädten noch keine Einigung erzielt werden!“



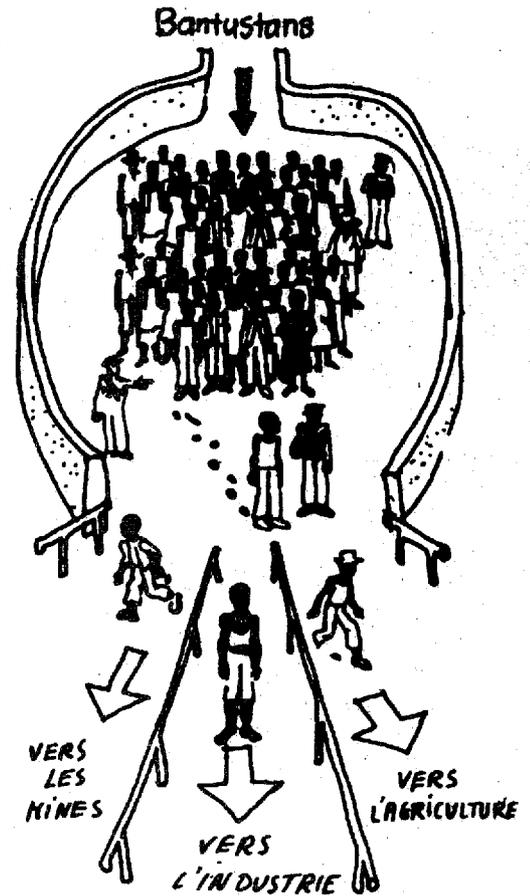
Zeichnung: Wolter (Welt der Arbeit)

die afrikanische Millionenstadt Soweto ziehen und Jagd auf alle Schwarzen machen, die dem Aufruf der vom Weltkirchenrat unterstützten nationalen Unabhängigkeitsbewegung ANC zu einem Generalstreik gegen die Apartheid gefolgt waren.

Die Forderungen der Schwarzen sind so offenkundig und einleuchtend, wie deren strikte Ablehnung durch die Apartheidregierung unverständlich und perfide ist. Die Afrikaner wollen nicht mehr als die grundlegenden Bürgerrechte auf die freie Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes, auf freie Meinungsäußerung und auf — ihrer 80prozentigen Mehrheit entsprechende — Beteiligung an den Staatsgeschäften. Doch Polizeikugeln sind die einzige Antwort, die sie erhalten.

Über Entspannung spricht Vorster nur im Ausland, wohl um Zeit zu gewinnen — vor allem um den internationalen Druck auf seine Regierung abzuschwächen. Im eigenen Land weiß man seit langem sein Wort richtig einzuschätzen: So versetzte Vorster bereits am 5. November 1974 die Welt in Erstaunen, als er — wie man jetzt weiß: sibyllinisch — erklärte: „Gebt Südafrika eine Chance von sechs Monaten, und ihr werdet überrascht sein, wo Südafrika dann steht.“ Diese Frist ist mehr als ein Jahr überschritten: Und was ist seitdem geschehen? Die Waffenindustrie wurde weiter vorangetrieben, die Ausgaben für das Militär wurden mehr als verdoppelt und Südafrika entwickelt sich zur atomaren Schwellenmacht.

Kleine kosmetische Retuschen sollten zugleich die Apartheidspolitik — wohl mehr der Welt, als den direkt Betroffenen — schmackhafter machen, ohne am „System der getrennten Entwicklung zwischen Weiß und Schwarz“, wie die Apartheid oft schönfärberisch bezeichnet wird, etwas zu ändern. So erklärte auch Polizeiminister James Kruger seine Bereitschaft, mit den Führern der Schwarzen verhandeln zu wollen, fragte aber zugleich: „Wo sind sie?“, so als gäbe es gar keine. Der Polizeiminister braucht lediglich die meterlangen Namenslisten seiner Gefängnisse abzuhaken, um die Gesprächspartner zu finden, die er so scheinheilig sucht.



Doch all dieses Taktieren wird den Herrenmenschen am Kap keinen Nutzen mehr bringen. Denn inzwischen hat die Front, der sie gegenüberstehen, Verstärkung erhalten: Nicht mehr nur die afrikanischen Befreiungsbewegungen, die *Organisation für afrikanische Einheit*, die *UNO* und die Kirchen stemmen sich gegen den Rassismus, auch die westlichen Industriestaaten — bisher als Waffenlieferanten und Wirtschaftspartner enge Verbündete der weißen Herren am Kap — beginnen sich zu fragen, „ob sich eine friedliche Dauerlösung für das südliche Afrika wirklich noch mit — oder nicht vielmehr ohne, wenn nicht gar gegen das heute existierende, erstarrte Regime von Pretoria erreichen läßt“ („Deutsche Zeitung“).

Diese Erkenntnis kommt jedoch reichlich spät. Und es ist zu hoffen, daß insbesondere die Bemühungen des fliegenden Friedensstifters Henry Kissinger nicht wieder — wie in Angola — darauf hinauslaufen, in letzter Minute noch für die wirtschaftlichen und militärischen Interessen des Westens zu retten, was zu retten ist, nämlich die weißen Unterdrücker — über die Köpfe der afrikanischen Bevölkerung hinweg — durch eine schwarze sogenannte „prowestliche“ Herrscherclique zu ersetzen. In Namibia, dem von Südafrika widerrechtlich annektierten ehemaligen Südwestafrika, zeichnet sich jedenfalls eine derartige Entwicklung ab. Dies jedoch könnte die mehr als genug leidgeprüften Menschen im südlichen Afrika nur noch vom Regen in die Traufe treiben.

Gerald Baars